

VN Sicherheitsrat muss zur Verurteilung von Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi Stellung beziehen!

Pressemitteilungen

Zur Verurteilung von Aung San Suu Kyi zu weiteren eineinhalb Jahren Hausarrest und zur Forderung nach freien und fairen Wahlen in 2010 erklärt der außenpolitische Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion Gert Weisskirchen:

Mit der Verurteilung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi zu weiteren eineinhalb Jahren Hausarrest konterkariert das Militärregime von Myanmar/ Birma seinen eigenen Plan zum Übergang zu einer zivilen Regierung. Die Verurteilung erfolgte mit fadenscheinigen Argumenten. Eine wirkliche Absicht zur Verletzung der Auflagen ihres Hausarrests war seitens Suu Kyi nicht erkennbar. Die SPD- Bundestagsfraktion hat sich seit dem Putsch gegen ihren Wahlerfolg 1990 konsequent für die Freilassung von Aung San Suu Kyi eingesetzt und erneuert diese Forderung aus Anlass der neuen Strafe. Die Führerin der Nationalen Liga Demokratie (NLD) muss unverzüglich und bedingungslos auf freien Fuß gesetzt werden!

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist dringend zum Handeln aufgerufen. Dem Sicherheitsrat liegt ein Resolutionsentwurf der Vereinigten Staaten von Amerika vor. Der VN- Sicherheitsrat sollte diese neuerliche eklatante Verletzung der Prinzipien der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unmissverständlich kritisieren. Dass sich die fünf ständigen Mitglieder des Rates auch am Mittwoch nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen konnten, ist eine große Enttäuschung. Insbesondere China ist als enger Partner Myanmars aufgefordert, seinen Teil der Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft für die Achtung der gemeinsamen Werte sowie die Wahrung von Sicherheit und Stabilität in Asien zu übernehmen. Der gestrige einseitige Appell, die Souveränität Myanmars zu respektieren, greift zu kurz. China sollte einer Entscheidung des VN- Sicherheitsrates nicht im Wege stehen!

Die EU gehörte seit 1996 mit einem Waffenembargo zu den Vorreitern bei den internationalen Bemühungen um eine Rückkehr zu einer zivilen Regierung. Nun tritt die EU für weitere Sanktionen ein, z.B. bei Reisebeschränkungen oder beim Einfrieren von Konten hochrangiger Vertreter des Militärregimes. Die SPD- Bundestagsfraktion unterstützt die Absicht der EU- Ratspräsidentschaft und der EU- Kommission in der Birmapolitik, weiterhin eine Führungsrolle zu spielen.

Der Zusammenhang zwischen der neuerlichen Verurteilung Suu Kyi's und den für 2010 geplanten Wahlen ist offensichtlich. Es soll verhindert werden, dass Suu Kyi an diesen Wahlen als Oppositionsführerin teilnehmen kann. Grundsätzlich ist es positiv, dass das Militärregime 2008 einen 7- Stufenplan für den Übergang zu einer zivilen Regierung vorgelegt hat. Die für das kommende Jahr geplanten Wahlen bilden ein zentrales Element dieses Planes. Diese Wahlen müssen frei und fair sein, damit sie von der Opposition und der Bevölkerung akzeptiert werden und eine Chance besteht, die innenpolitische Konfrontation zu überwinden. Bei einer Konferenz der Friedrich- Ebert- Stiftung berichteten Experten im Juni 2009 darüber, dass es erhebliche Defizite bei der Vorbereitung dieser Wahlen gibt. Grundlegende Gesetze wie z. B. über die Registrierung von Parteien oder das Wahlgesetz liegen noch nicht vor. Gerüchten zu Folge sollen diese zum Teil erst kurz vor den Wahlen verabschiedet werden. Die SPD- Bundestagsfraktion fordert die Regierung Myanmar's auf, schnellstmöglich die Bedingungen für freie und faire Wahlen in einem umfassenden Sinne herzustellen.

Wenn klar ist, wie die Spielregeln im politischen Raum aussehen, kann dies auch den Prozess zur Auflösung der militärischen Verbände der verschiedenen

ethnischen Rebellengruppen befördern. Laut dem 7- Stufenplan der Regierung sollen diese militärischen Verbände in diesem Jahr aufgelöst oder in die regulären Streitkräfte integriert werden, und die Rebellengruppen sich in politische Parteien umwandeln.

Veröffentlicht am 13.08.2009